

Anfrage

der Abgeordneten Dr. Madeleine Petrovic

gemäß § 39 Abs 2 LGO 2001

an Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Wolfgang Sobotka

betreffend „**Politische Verantwortung der Mitglieder der NÖ Landesregierung betreffend Hypo Investment Bank AG im Zusammenhang mit dem Akt „Augustus“ und Zusammenhänge mit der FIBEG**“

Begründung

Als Mitglied der Landesregierung sind Sie sowohl für die Hypo Investmentbank AG als auch für jene Gesellschaft, welche die Veranlagungen managt, die FIBEG, zuständig und selbstverständlich auch für das Dach aller Beteiligungen in der Landesbeteiligungs-Holding GmbH.

Das Jahr 2007 war ein turbulentes Jahr in Ihrem Ressort. Zum einen wurde am 30.6. 2007 die Hypo Investmentbank AG wieder zu 100% eine Landesbank und einige Monate später am 4. 12. 2007 wurde der heute die Staatsanwaltschaft beschäftigende Kredit in Höhe von 1,1 Mrd. Euro im Aufsichtsrat der Hypo Investmentbank AG einstimmig beschlossen.

Manche Stimmen meinen, dass die bei der Staatsanwaltschaft untersuchten Vorgänge mit einem weiteren beteiligten Eigentümer nicht möglich sind.

Einer Ihrer engsten Vertrauten seit Anfang der Veranlagungen ist Herr Höck, der immer wieder andere Funktionen einnimmt. So wurde er von Ihnen und LH Pröll auch zum Vorstandsvorsitzenden gemacht in der „heißen“ Phase (1.1.2007 bis 1.5.2008). Da Herr Höck somit operativ zwischen FIBEG und Hypo Investmentbank AG „switchte“ und Einblick in alles hatte, war er in den Bereichen Ihr Mann des Vertrauens, in denen Sie die politische Verantwortung tragen.

So wurde auch im Jahr 2007 die Aurelius Consulting AG von der Hypo Capital Management AG abgelöst, welche eine 100% Tochter der Hypo Investmentbank AG ist.

Bezeichnend ist Ihre Antwort auf eine Anfrage von LAbg. Helga Krismer im Jahr 2007: 8 Tage nach der 1,1 Mrd. EURO Kreditfreigabe im Hypo Investmentbank AG Aufsichtsrat als Rettungsanker für die untergegangenen Papiere, haben Sie die politische Chuzpe mehrmals auf „keine Verluste“ bei der FIBEG hinzuweisen. Wo doch die Abgeordnete ihrer Kontrollfunktion zu 100% nachkam, indem sie wissen wollte, was die „Subprime-Krise“ für die Veranlagungen bedeutet.

Weniger kritisch waren die VP-Aufsichtsräte, wie heute bekannt ist. Nach dem Prinzip „vertrauen ist gut, Kontrolle sparen wir uns“, haben die Kollegen Schneeberger und Eigner nicht zum Wohl der Landesbank und damit der SteuerzahlerInnen agiert. Auch hier muss es neben der rechtlichen Aufklärung eine politische Aufklärung geben.

Am 11.5. 2010 wurde auf Druck der OeNB und der FMA eine Umstrukturierung von „Augustus“ im Hypo Aufsichtsrat mit dem Ziel beschlossen, unter die 100 Mio. Großanlegergrenze zu kommen.

Die Gesellschaften des Landes haben Gelder in Steueroasen wie Irland gebracht, haben Millionen herumgeschoben, haben für Quasi-Verkaufte Kredite aufgenommen und vieles mehr, was die BürgerInnen mit Steuergeldern nicht dulden. Und zusätzlich wurde Geld vernichtet.

Daher stellt die gefertigte Abgeordnete folgende

Anfrage

1. Zu welchem Zeitpunkt wurden Sie von dem Angebot des „vertical slicing“ sowohl für die capital notes des SIV „K2 corporation“ der Dresdner Bank in Höhe von US-Dollar 30 Mio. bei der Hypo Investmentbank AG als auch der capital notes des SIV „centauri“ der Citibank in Höhe von EURO 600 Mio. der FIBEG informiert?
2. Warum haben die zwei Gesellschaften des Landes NÖ nicht von dem Angebot des Tausches der Capital Notes gegen von den Fonds gehaltener Assets Gebrauch gemacht?
3. Zu welchem Zeitpunkt wurden Sie von der Gründung der irischen Zweckgesellschaft „Augustus“ in Kenntnis gesetzt?
4. Warum haben Sie die Mitglieder des NÖ Landtages nie aktiv über die Zweckgesellschaften in Steueroasen informiert?
5. Wer hatte die Idee der irischen Zweckgesellschaft „Augustus“? Jemand im Umkreis der FIBEG oder Hypo Investmentbank AG?
6. Warum hat die Hypo Investmentbank AG das zusätzliche Risiko der FIBEG übernommen, wo doch das Volumen der FIBEG mit Euro 600 Mio. ein Vielfaches des betreffenden Wertpapier-Anteils der Hypo Investmentbank AG darstellte?
7. Von wem wurden Sie in den Jahren 2007 bis 2010 beraten und wissen Sie, wer die VP-Aufsichtsräte beraten hat?
8. In welchem Spezialfonds der FIBEG wurden im Jahr 2009 die so genannten „income notes“ von „Augustus“ gehalten und den Mitgliedern des NÖ Landtages zur Kenntnis gebracht?

9. Wie wurden Sie im Jahr 2010 über Untersuchungen der FMA und der OeNB in Kenntnis gesetzt und dass das Kreditengagement bei „Augustus“ unter die Großanlegergrenze von Euro 100 Mio. zu senken ist? Haben Sie von dem Problem überhaupt gewusst?
10. Wie wurden Sie über die Problemlösung mittels Restrukturierung in Kenntnis gesetzt, wo doch die Hypo Investmentbank AG auf Euro 10,5 Mio. verzichtet hat in der Funktion als „senior loan“ und keine wirtschaftlichen Notwendigkeit für diese Entscheidung vorlag?
11. Wenn es keine wirtschaftliche Notwendigkeit gab, gab es aus Ihrer Sicht eine politische, um die Verluste der FIBEG zu verwischen?
12. Wie haben Sie die Mitglieder des NÖ Landtages über den Verlust durch die Restrukturierung und den Verlust in Höhe von Euro 30 Mio. in Kenntnis gesetzt?
13. Wann und wie haben Sie die Mitglieder der NÖ Landesregierung über Verluste und Restrukturierung in Kenntnis gesetzt?
14. Haben Sie in irgendeiner Weise Einfluss auf die Entscheidungen von Mitgliedern des Aufsichtsrates der Hypo Investmentbank AG genommen?

LAbg. Dr. Madeleine Petrovic